

Argumente gegen Ecopop

Unvereinbar mit den Bilateralen

Bei einer Annahme der Ecopop-Initiative wären die bilateralen Verträge mit der EU definitiv nicht mehr zu halten. Das wäre für die Schweizer Wirtschaft fatal. Die Initiative ist aber auch umwelt- und entwicklungspolitisch völlig verfehlt.

Nach dem Ja der Schweiz zur Masseneinwanderungs-Initiative muss der Bundesrat mit der EU über eine Anpassung des Personenfreizügigkeitsabkommens verhandeln. Er verfügt dabei über einen gewissen Spielraum, weil die SVP-Initiative vergleichsweise offen formuliert ist und explizit verlangt, dass sie wirtschaftsverträglich umgesetzt werden soll.

Anders die radikale Ecopop-Initiative: Diese ist derart starr, dass es nichts mehr zu verhandeln gibt. Nach spätestens vier Jahren müsste die Schweiz das Abkommen kündigen. Damit würde sie automatisch auch die anderen bilateralen Verträge und ihren guten Zugang zum europäischen Absatzmarkt verlieren. Rund 60 Prozent aller Schweizer Exporte gehen heute nach Europa. Diese Erfolgsgeschichte setzt Ecopop fahrlässig aufs Spiel, indem sie die Tür zu Europa endgültig zuschlagen will.

Mehr Schaden als Nutzen für die Umwelt

Die Initianten betonen, dass sie sowohl die Natur als auch den Wohlstand der Schweiz bewahren wollen. Ihr Rezept: Die Grenzen für Zuwanderer weitgehend schliessen, um unsere Ressourcen zu schonen, und gleichzeitig dafür sorgen, dass in anderen Ländern weniger Kinder zur Welt kommen. Aus Sicht von Ecopop ist die Erde dem Untergang geweiht, wenn immer mehr Menschen den hohen Schweizer Lebensstandard erreichen wollen.

Eine solche Politik ist nicht nur unethisch, sondern auch kurzsichtig. Wenn sich die Schweiz so stark isoliert, wird sie als Wirtschaftsstandort unattraktiv – nicht nur für neue Investoren, sondern auch für bereits ansässige Unternehmen. Wer nicht genügend Fachkräfte findet, kann sich nicht entwickeln und fällt im

internationalen Wettbewerb zurück. Für die Schweiz, die seit Jahren als eines der innovativsten Länder der Welt gilt, wäre diese Entwicklung besonders verheerend.

Ideen für neue, bessere Produkte und Investitionen in moderne Anlagen kommen sehr oft direkt der Umwelt zugute. Beides würde mit der Initiative abgewürgt oder ins Ausland verschoben. Ecopop bietet aber auch kein taugliches Rezept gegen die «Zubetonierung» der Schweiz. Hier hat das Volk die Weichen bereits gestellt: Mit dem neuen Raumplanungsgesetz, das die Kantone derzeit umsetzen, werden unnötige Einzonungen verhindert.

Dies zeigt, dass Ecopop keine umweltfreundliche Initiative ist. Die Schweiz zu isolieren, ist weder ein brauchbares Rezept zur Rettung des Planeten noch der Natur im Inland. Im Gegenteil: Weil die Ecopop-Initiative die Wohnbevölkerung begrenzen will, muss damit gerechnet werden, dass viele Unternehmen auf der Suche nach Arbeitskräften auf Grenzgänger ausweichen. Diese haben im Durchschnitt deutlich längere Arbeitswege und sorgen somit für mehr Verkehr und eine höhere Umweltbelastung.

Absurde Forderungen zur Entwicklungspolitik

Geht es nach dem Willen der Initianten, soll die Schweiz mit jährlich mehr als 200 Millionen Franken für Kondome und Aufklärungskurse dafür sorgen, dass Frauen in Entwicklungsländern weniger Kinder bekommen. Das ist absurd. Alle Erfahrungen und Daten zeigen, dass Investitionen in Gesundheit und Bildung sinnvoller sind.

Die Erfahrungen aus der Entwicklungszusammenarbeit machen deutlich, dass die Kinderzahlen überall dort rasch sin-

ken, wo die Menschen eine wirtschaftliche Perspektive, eine bessere Ausbildung und soziale Sicherheit haben. Ganz besonders gilt dies für junge Frauen: Weltweit zeigt sich, dass die Geburtenrate mit jedem zusätzlichen Schuljahr markant abnimmt. Sinnvolle und nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit setzt deshalb genau hier einen Schwerpunkt.

Verhütungsmittel sind heute weit verbreitet und auch in Ländern wie Indien an jeder Ecke erhältlich. Der Verzicht auf Empfängnisverhütung hat oft mit kulturellen Zwängen, hoher Kindersterblichkeit und Armut zu tun. Kinder sind in vielen Ländern die einzige Altersvorsorge. Deshalb setzt Ecopop am falschen Punkt an und verpulvert unnötig Millionen: Wichtigen, langjährigen Projekten zum Aufbau von Schulen, Spitälern oder Trinkwasserversorgungen wird das Geld entzogen, um stattdessen Kondome zu verteilen. Eine solche Entwicklungspolitik, die auf veralteten Rezepten basiert, ist nicht nur kurzsichtig, sondern auch anmassend. ■

Kampagne «Ecopop Nein»

Die Abstimmung über die Ecopop-Initiative findet am 30. November statt. Gegen das Begehren engagiert sich eine grosse Allianz von Parteien, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Hilfswerken und anderen Organisationen. Weitere Argumente und Informationen des überparteilichen Komitees «Ecopop Nein» finden Sie auf der Kampagnen-Website, auf der Sie sich auch selber engagieren können.

www.ecopopnein.ch ■